Meinerzhagener Zeitung

Gelesenste Tageszeitung und Haupt-Anzeigenblatt von Meinerzhagen und Umgegend

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und kostet, durch unsere Boten frei ins Haus gebracht, monatlich 4,— Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 10,92 Mk. — Fernsprecher Amt Meinerzhagen Nr. 242. — Verantwortlicher Schriftleiter: Walther Kämper.

Amtlicher Anzeiger

Wöchentliche Freibeilage: Illustriertes Sonntagsblatt.

Druck und Verlag: Walther Kämper, Meinerzhagen.

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite 20 Pfg., im Reklameteil 1 mm hoch und 90 mm breit 60 Pfg. Jede Nachlaß-Bewilligung wird bei zwangsweiser oder gerichtlicher Beitreibung hinfällig. Preis für Beilagen nach Uebereinkunft. Gegründet im Jahre 1911

Nr. 154 — Samstag, den 17. Juli — 1920

Aus der Heimat.

Einsendungen aus unserm Leserkreise sind jederzeit willkommen; umgehende Zusendung ist erforderlich. — — —

Meinerzhagen, den 17. Juli.

Wetter-Aussichten.

18. Juli: Sonne, warm, vielfach Gewitter.
19. Juli: Wolkig, Sonne, warm, strichweis Gewitter, windig.
20. Juli: Heiter, angenehm.
21. Juli: Wenig verändert.
22. Juli: Sonnig, teils wolkig, warm, schwül.
23. Juli: Wolken, Sonne, angenehm, teils schwül.
24. Juli: Kaum verändert, später strichweis Gewitter.

Sonntagsgedanken.

Sonntagsfriede und Familienglück sind in der christlichen Welt verwandte Begriffe. Der eine hebt und trägt den andern und ist ohne den andern nicht denkbar. Wenn am Feierabend der Woche der Vater sich sagt: „Morgen ist Sonntag", so ersteht dabei vor ihm das Bild der mit ihm die Woche hindurch sich mühenden Gattin und der um ihre Liebe willen ihnen geschenkten Kinder, wie sie sonntäglich gestimmt und gekleidet mit ihm durch den morgigen Tag gehen werden, von ihm die Heiligung ihres Sonntags zu empfangen und hinwiederum ihm selber durch Frauen- und Kindesliebe den Sonntag zu heiligen, so tragen Sonntag vnd Familie in sich ein gemeinsames, unfaßbares Etwas, das zusammengesetzt ist aus feierlichem Ernst und friedvoller Traulichkeit. — Heute stehen wir mitten in einem Kampfe um Sonntag und Familie. Beide sind in Gefahr; zwar nicht die Begriffe als solche, aber der christliche Inhalt derselben. Als Tag des Müßigganges soll der Sonntag sein Recht behalten; aber die Heiligung wird in der Ewigkeitsfeindschaft unseres revolutionären Zeitalters untergraben. Auch die Familie darf zunächst bestehen bleiben als natürliche Verbindung von Mann und Weib. Aber die auf ewige Ideale gegründete Harmonie der christlichen Familie ist durch das nur auf Genießen abgestellte Sinnen und Trachten des „freien" Mannes und des „freien" Weibes mit Vernichtung bedroht. — Ihr, denen der Sonntag ein leuchtender Friedensstern im Drange der Woche und denen die Familie das heilige Eiland ist, an dessen Strande die Wogen der hohen See sich als tändelnder Wellenschlag verlaufen: ihr seid berufen eines durch das andere zu retten, den Sonntag durch die Familie, die Familie durch den Sonntag, indem ihr eines im andern tiefer und inniger verankern helft! So heiliget den Sonntag in eurer Familie, so heiliget eure Familie durch den Sonntag! —

▽ **Meinerzhagen, 17. Juli.** Morgen nachmittag 3 Uhr findet eine Generalversammlung der Schützengesellschaft statt, worauf wir andetracht der wichtigen Tagesordnung hiermit besonders hinweisen.

\+ **Meinerzhagen, 17. Juli.** Merkwürdige Nachrichten gehen durch die Zeitungen. Da und dort wollen die Bauern die hohen Lebensmittelpreise nicht mehr mitmachen. In Lippe erklären sie die amtlich festgesetzten Kartoffelpreise der neuen Ernte seien viel zu hoch; in Bayern wehren sie sich gegen die hohen Weizenpreise, wie man sie in Berlin festsetzen will; in manchen anderen Orten haben sie die Milchpreise freiwillig herabgesetzt; von einer durchs Amt einberufenen Versammlung hat man gelesen, wo sich Erzeuger und Verbraucher, Land und Stadt zusammenfanden, aussprachen und merkwürdig gut verstanden. Die Not der Stadt geht vielen Bauern ans Herz. Sie schwimmen zwar selber gar nicht so im Ueberfluß, wie sichs viele Städter denken. Auch die Produktionskosten des Bauern, seine Ausgaben für Kleidung, Löhne, Kunstdünger sind ums vielfache größer geworden. Immerhin — die bäuerliche Wirtschaft ist durch die Erschütterungen der letzten Jahre verhältnismäßig am wenigsten mitgenommen. Der Bauer kann jetzt am meisten zu unserer Rettung tun. Und mancher hilft gern. Mancher hat die ungeheure Verantwortung gerade seines Standes, gerade in diesem Augenblick, erkannt. Dürfen wir hoffen, daß alle sie erkennen? Auch die Leute in der Stadt? Da gibts immer noch einzelne, die sichs leisten können, auf hohem Fuße zu leben, und die dadurch ihre hungernden Volksgenossen auf dem Lande erzürnen und verbittern. Dürfen wir hoffen, daß auch da Einsicht und Verantwortungsgefühl aufwachen? Dann wäre ein Wendepunkt in der Teuerungsnot da. Dann könnte uns geholfen werden.

□ **Meinerzhagen, 17. Juli.** Die Herabsetzung des Milchpreises erstreckt sich allmählich auf das ganze Land. So wurde z. B. an vielen Orten der Preis für Milch beim Erzeuger auf 1.— Mk. ermäßigt. Auch die Butterpreise wurden entsprechend herabgesetzt. Wie stehts hierorts damit?

Werdohl, 17. Juli. Eine große Arbeiter-Kundgebung gegen die hohen Lebensmittelpreise und die Preise der notwendigen Bedarfsartikel fand gestern abend auf dem Denkmalsplatze statt. Als Redner traten auf die Herren Raabe, Filthaus, Hartmann-Altena, Hoffeld, Leukel und andere, welche auf die hohen Preise der Lebensmittel und anderer Bedarfsartikel hinwiesen und einmütig hervorhoben, daß auf diesen Gebieten unhaltbare Zustände herrschen und mit allen Mitteln ein Abbau der Preise angestrebt werden müsse. Auch Herr Amtmann Hohendahl vertrat den Standpunkt, daß er die Bestrebungen in diesem Sinne anerkenne und auf diesem Gebiet etwas geschehen müsse, ermahnte aber zur Ruhe und Besonnenheit. Der darauf erfolgte Umzug durch die Straßen unseres Ortes verlief in ruhiger Weise. — An das Reichsministerium des Innern-Berlin, das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft-Berlin und an das Preußische Ministerium des Innern-Berlin ist vom Amt Werdohl folgendes gedrahtet worden: „In gestriger Massendemonstration zeigte sich tiefgehende Erregung über die ins Ungeheure gestiegenen Preise für Lebensmittel und andere Verbrauchsgegenstände. Wenn verhängnisvolle Erschütterungen im Lande vermieden werden sollen, ist sofortiger Preisabbau dringendes Erfordernis."

Vereinfachte Gesetzgebung.

Zu den Vorlagen, die der Reichstag in seiner letzten Sitzung vor der Vertagung verabschiedet hat, gehört auch das Gesetz über die „vereinfachte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Uebergangswirtschaft". Darnach kann die Regierung bis zum 31. März 1921 mit Zustimmung nur des Reichsrats und eines Ausschusses des Reichstages, also ohne Genehmigung des Reichstags selber, gesetzliche Maßnahmen anordnen, „die ausschließlich die Regelung des Uebergangs von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft betreffen und sich hierfür als notwendig und dringend erweisen". Mit der Auflösung der Nationalversammlung ist ein bisher geltendes gleichlautendes Gesetz außer Kraft getreten. Anstatt diesen Anlaß zu benutzen, um mit dieser ganzen Form der vereinfachten Gesetzgebung endlich Schluß zu machen, weil die Kriegswirtschaft doch irgendwann einmal aufhören muß, soll es noch ein weiteres Jahr möglich sein, daß wichtige gesetzgeberische Maßnahmen im Dunkel eines Ausschusses beschlossen werden, wobei wir nicht sicher sind, ob nicht am 31. März 1921 abermals und ebenso stillschweigend wie jetzt das Gesetz um ein Jahr verlängert wird. Das deutsche Volk hat mit dieser sogenannten vereinfachten Form der Gesetzgebung während des Krieges und erst recht nach dem Kriege die schlimmsten Erfahrungen gemacht. Die Reichsregierung hat den Begriff Kriegswirtschaft die denkbar weiteste Auslegung gegeben und wirtschaftete schließlich so ziemlich auf allen Gebieten ganz selbstherrisch, denn mit einiger Geschicklichkeit konnte man alles mit dem Krieg und der Uebergangswirtschaft in einen wenn auch nur losen Zusammenhang bringen. Weltfremde Maßnahmen, die nie vom Parlament selbst beschlossen worden wären, sind auf diese Weise ausgeheckt und in Kraft gesetzt worden. Wir erinnern nur an die Ausdehnung der Versicherungspflicht bis zu 20 000 Mark. Es hat erst schwerster Kämpfe bedurft, um diese Ungeheuerlichkeit aus der Welt zu schaffen. Ohne die „vereinfachte Form der Gesetzgebung" aber wäre sie niemals beschlossen worden. Da der Reichstag in der nächsten Zeit ohnehin ständig versammelt sein muß, so ist diese ganze Notgesetzgebung vollständig überflüssig.

Lokales Allerlei.

Der Schwindel in Spa geht zu Ende. Mag die Rede des Abg. Stinnes, unterstützt durch die des Bergarbeiters Hue, einen Augenblick einen Stimmungsumschwung auf der Konferenz verursacht haben, Wert haben beide nicht behalten, denn der Verhandlungsbericht, der den Vorträgen folgte, gab deutlich zu erkennen, daß die Ententebrüder nach einem flutzigen Augenblick auf die Erfüllung der „Verpflichtungen" nach dem Friedensvertrag auch in der Kohlenfrage verharrten. Und so kam es: Deutschland hat wieder das Maul halten und — unterzeichnen müssen. 2 Millionen Tonnen Kohlen müssen monatlich geliefert werden; was dann noch übrig bleibt, ist für uns bestimmt. Wie soll das werden?

— — — —

Auf den Feldern ist das Korn reif und gelb geworden. In den Aehren strotzt es von harten, schweren Körnern; müde und lebenssatt senken sie sich umso tiefer, je größer die goldene Last ist, die sie bergen. Und unterdessen brennt hoch vom Horizont die Sonne immer heißer und mitleidsloser und zieht aus den ohnehin sterbenden Halmen das letzte bißchen frischen Lebenssaftes. Das ist die Zeit, in der der Landmann sich zur Ernte rüstet. Sie verlangt viel Mühe und Arbeit von ihm, wohl die meiste des ganzen Jahres. Frühmorgens vor Tau und Tag heißt es bereits auf den Beinen sein, und von dieser Verpflichtung werden männliche und weibliche Haushaltsangehörige gleichmäßig betroffen. Die Zubereitung des Essens für das Personal, die Herrichtung und Instandhaltung der Werkzeuge und Wagen, das Füttern des Viehes, alles das sind Arbeiten, die bereits erledigt sein müssen, noch ehe die Sonne sich allzuhoch am Himmel erhoben. Dann geht's zum Acker hinaus, die Schnittarbeit wird eingeteilt, und mit stählernen Fäusten geht's an die Hauptaufgabe des Tages. Singend und klirrend fährt die Sense durchs Korn, leise murrend fallen die Halme vornüber, und aus Nestern, die bis dahin dem Auge der Menschen verborgen geblieben, fliegen die heimatlos gewordenen kleinen Sänger klagend in die Luft empor. Hinter dem Schnitter aber rühren sich fleißige Arme, um die umgelegten Halme zu Garben zusammenzubinden. So wird ein Feld nach dem anderen von seiner gelben Kornlast befreit. Kaum gönnt sich in heißester Mittagsstunde der Schnitter nach dem Mahle ein wenig Ruhe, denn die Arbeit drängt und ein etwa drohendes Unwetter ganz besonders ist der beste Antreiber zum raschen Arbeiten. Stolz und selbstbewußt schwillt aber dafür auch die Brust, wenn spät abends beim Sonnenuntergange auch das letzte Streifchen Feld leer geworden und durch die einst versperrten Fluren der Durchblick ins Weite wieder geschaffen ist.

— — — — —

Allenthalben beginnt der „Preisabbau" greifbare Formen anzunehmen. Wie wir in einer Nachbarzeitung lesen, haben sechsundzwanzig Firmen an einem Orte in einem gemeinsamen Aufruf folgendes bekannt gegeben: „Die unterzeichneten Mitglieder der Vereinigung selbstständiger Kaufleute geben bekannt, daß sie für einen großen Teil ihrer Bestände in Wäsche, Manufakturwaren, Herren- und Damenkonfektion, Schuhwaren, Eisen-, Materialwaren, Haushaltungsartikeln usw. die Verkaufspreise der heutigen Lage entsprechend ermäßigt haben. Diese, der tatsächlichen Preisgestaltung weit vorauseilende Beschließung, die für unsere Mitglieder große Opfer bedeutet, wurde gefaßt in dem Bestreben, dem verbrauchenden Publikum den Beweis zu liefern, daß der Einzelhandel in jeder Weise gewillt ist, durch weitestes Entgegenkommen den notwendigen Preisabbau zu fördern. Die Vereinigung selbständiger Kaufleute". Es folgen die 26 Unterschriften. Wann wird in Meinerzhagen und Valbert das Gleiche erfolgen?

— — — —

Seit Wochen ist man hierorts auf gemeinderätlichem Beschluß mit der Kanalisation beschäftigt. Es war höchste Zeit, denn bei geringstem Regenwetter lag, besonders in der Kirchstraße, trotz des Zusammenkratzens fürchterlicher Dreck in den Straßen. Spottvögel sagten schon: „Wenn die Welt einst untergeht, und es bleibt ein Dreckfleck übrig, so darf man ruhig sagen, dort habe Meinerzhagen gestanden". Nun wird's anders. Eine große sichtbare Aktivität des Gemeinderats. Auch baut man einen neuen Weg von Suhlendecke nach Wiedelsaat, womit ein lang gehegter Wunsch unserer Landbewohner in Erfüllung geht. Einen schönen Eindruck macht heute u. a. die Hochstraße. Dieser wird noch erhöht, wenn die eingangs der fraglichen Straße stehende alte Mauer beseitigt ist und dafür eine neue entsteht. Wie verlautet, wird man hiermit baldigst beginnen. Daß durch all diese Arbeiten ein großer Teil unserer Bevölkerung ihre Wünsche befriedigt sieht, ist zweifellos und bringt Ableakung im grauen Dasein.

— — — —

Ja, wir haben ein graues Dasein. „Es ist kein Zusammenhalt da." Das ist auch eine von den Nöten unsrer Tage, die jeder sieht. Der Zusammenhalt fehlt nicht bloß unter den Menschen überhaupt — da ist er noch niemals vorhanden gewesen — sondern gerade auch unter denen, die doch vollständig aufeinander angewiesen sind. In unserem deutschen Volk, das den Zusammenhalt so nötig hätte, bekämpfen sich Parteien und Stände in einer Weise, als hätten sie überhaupt nichts Gemeinsames mehr. Dieser Mangel an Zusammenhalten geht aber bis in die kleinsten menschlichen Gemeinschaften, bis in die einzelnen Häuser der Familien hinein. Natürlich ist viel Aufgeregtheit dabei, die sich aus der allgemeinen üblen Zeitlage erklärt, wenn eins am andern hinauffährt; aber man soll nicht allzuviel Schuld von sich abschieben. Was als eigentliche Ursache hinter dem bedauerlichen Auseinanderstreben steht, das ist etwas sehr Persönliches: die Vergötterung des eigenen Ich. „Freiheit", dieses in allen Farben schillernde Modewort, fassen die meisten so auf: Ich kann jetzt tun, was ich mag; ich nehme möglichwenig Rücksicht auf andre und sorge zunächst einmal für mich, für meinen Vorteil und für mein Vergnügen. Mögen die andern sehen, wo sie bleiben! Die gehen mich nichts an. Was bei dieser kurzsichtig-beschränkten Auffassung herauskommt, das sehen wir ja. Wenn in einem Uhrwerk jedes Rädchen sich selbständig machen und nach eigenem Gutdünken sich bewegen wollte, so würde die ganze Uhr wertlos. Beim Volksganzen ist's noch schlimmer: da zieht der Ruin des Ganzen auch den Ruin des einzelnen unrettbar mit sich. Es gibt keine Rettung für unser Volk, wenn dieses unheilvolle Auseinanderstreben und Gegeneinander-Arbeiten nicht aufhört. Wir brauchen einen gemeinsamen Boden. Wenn nur wenigstens alle Menschen in dieser Richtung tätig sein wollten, dann wäre einmal ein Ansatz da, eine Hoffnung darauf, daß unser Volk allmählich wieder den Weg fände, der zu seinem Frieden dient.

Bedingte Annahme des Kohlendiktats.

Abschluß eines Uebereinkommens auf 6 Monate. — Einmarsch ins Ruhrgebiet im November bei Nichterfüllung.

Der deutsche Vorschlag.

Annahme auf 6 Monate. — Hinzuziehung der oberschlesischen Kohle. — Lebensmittelhilfe.

Aus Spa wird gemeldet: Die Deutschen haben unter gewissen Bedingungen die Vorschläge der Alliierten in der Frage der Kohlenlieferung angenommen.

Die Entscheidung der deutschen Delegation wegen der Regelung der Kohlenfrage lautet:

1. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, vom 1. Aug. an auf vorläufig 6 Monate den alliierten Regierungen monatlich 2 Millionen Tonnen zur Verfügung zu stellen.

2. Die alliierten Regierungen leisten den Gegenwert für die Kohle bis zur Höhe des deutschen Inlandpreises durch Anrechnung auf das Reparationskonto, die Differenz zum Weltmarktpreise in bar, soweit nicht die Art der Zahlung durch das allgemeine Abkommen über die Finanzfrage anders bestimmt wird.

3. Während der Dauer der vorbezeichneten Kohlenlieferung bleiben die Bestimmungen der Entscheidung in der Kohlenfrage, die der deutschen Delegation am 9. 7. mitgeteilt und am 11. 7. abgeändert waren, außer Anwendung. Die Erhöhung der monatlich abzuliefernden Tonnage durch den Wiedergutmachungsausschuß findet solange nicht statt.

4. Es wird alsbald ein Abkommen über die Lage in Oberschlesien getroffen, wodurch entweder die deutsche Regierung die Verteilung der oberschlesischen Kohle zurückerhält, oder ihr doch der monatliche Bezug von mindestens 1,5 Millionen Tonnen gewährleistet wird. Es wird alsbald eine gemischte Kommission in Essen eingerichtet, deren Zweck ist, die Mittel zu untersuchen, womit man die Lebenshaltung der Bergarbeiter in Nahrung, Kleidung und Wohnung und damit die Erzeugung der Kohlengruben des Ruhrgebiets verbessern kann.

5. Die Alliierten erklären sich bereit, Deutschland zur Einführung von ausländischen Lebensmitteln für seine Bevölkerung, sowie von Rohstoffen für seine Industrie und Landwirtschaft einen angemessenen Vorschuß zu gewähren. Die Beratungen über den Vorschuß werden im Zusammenhang mit den allgemeinen Beratungen über die Finanzlage alsbald unter Zuziehung von beiderseitigen Sachverständigen aufgenommen.

Die Antwort der Entente.

2 Millionen Tonnen monatlich. — Vorschüsse an Deutschland. Androhung des Einmarsches bei Nichterfüllung.

Die Antwort der Entente auf die deutschen Vorschläge hat folgenden Wortlaut:

1. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, vom 1. Aug. 1920 ab auf 6 Monate den Alliierten monatlich 2 Millionen Tonnen Kohlen, welche Menge von der Wiedergutmachungskommission genehmigt worden ist, zur Verfügung zu stellen.

2. Der Gegenwert dieser auf dem Schienen- oder Wasserwege beförderten Kohle wird von den alliierten Regierungen auf das Reparationskonto angerechnet und zwar zum deutschen Inlandspreise gemäß § 6 lit. a, Anlage 5 des Vertrages von Versailles. Außerdem wird als Gegenleistung für die den Alliierten zuerkannte Befugnis, sich nach Klasse und Qualität eingeteilte Kohlen liefern zu lassen, eine Prämie von 5 Goldmark, die vom Empfänger in Bar zu zahlen ist, zum Erwerb von Nahrungsmitteln für die deutschen Bergarbeiter verwandt.

3. Während der Dauer der obigen Kohlenlieferungen werden die in den §§ 2, 3 und 4 des Protokolls vom 11. 7. vorgesehenen Kontrollmaßregeln in der gemäß dem Wortlaut der beiliegenden Anlage abgeänderten Form sofort in Kraft gesetzt.

4. Es wird alsbald zwischen den Alliierten ein Abkommen über die Verteilung der oberschlesischen Kohle durch eine Kommission getroffen, in welcher Deutschland vertreten sein wird. Dieses Abkommen unterliegt der Genehmigung der Reparationskommission.

5. Es tritt alsbald eine Kommission zusammen, in welcher die Deutschen vertreten sein werden. Aufgabe dieser Kommission wird es sein, Mittel und Wege zu finden, um die Lebensbedingungen der Bergarbeiter bezüglich der Ernährung, der Kleidung und im Hinblick auf die bessere Ausbeutung der Bergwerke zu heben.

6. Die alliierten Regierungen erklären sich bereit, Deutschland während des oben genannten 6monatigen Zeitraumes einen Vorschuß zu gewähren in Höhe des Unterschiedes zwischen dem gemäß § 2 gezahlten Preise und dem Ausfuhrpreise der deutschen Kohle fob. deutscher Häfen bezw. des englischen Ausfuhrpreises fob. englischer Häfen, und zwar dem jeweils geringeren dieser Preise und nach Maßgabe des § 6, lit. b, Anlage 5, Teil 8 des Vertrages von Versailles. Vorschüsse werden gewährt gemäß Artikel 235 und 251 des Vertrages von Versailles. Die genannten Vorschüsse erhalten den unbedingten Vorrang vor allen andern Forderungen der Alliierten gegenüber Deutschland. Die Vorschüsse werden am Schlusse eines jeden Monats je nach der Zahl der gelieferten Tonnen und dem mittleren fob.-Preis der Kohle während dieses Zeitraumes gegeben. Bereits am Ende des ersten Monats werden von den Alliierten Vorschüsse zur späteren Verrechnung gegeben, ohne daß die genauen Zahlen abgewartet werden.

7. Im Falle am 15. November 1920 festgestellt werden sollte, daß die Gesamtlieferung für August, September und Oktober 1920 die 6 Millionen Tonnen nicht erreicht hat, würden die Alliierten zur Besetzung eines neuen Teiles deutschen Gebietes, des Ruhrgebiets oder irgend eines anderen, schreiten.

Anlage.

1. Es wird in Berlin eine ständige Delegation der Wiedergutmachungskommission eingerichtet. Ihre Aufgabe besteht darin, sich durch folgende Mittel zu vergewissern, ob die im Abkommen vom 16. Juli 1920 vorgesehenen Kohlenlieferungen ausgeführt werden: Ihre Pläne über die allgemeine Verteilung der Förderungen unter Angabe der Einzelheiten über die Herkunft und die Qualität einerseits und die zur Sicherung der Lieferungen an die alliierten Mächte bestimmten Anordnungen andererseits sind von den deutschen Behörden festzustellen und von ihnen zur Genehmigung der genannten Delegation innerhalb angemessener Frist, bevor sie den Ausführungsorganen übermittelt werden, zu unterbreiten.

2. Keine Abänderung des genannten Planes, durch welche eine Verminderung der Lieferungen an die Alliierten herbeigeführt werden könnte, darf in Kraft treten ohne vorherige Genehmigung der Delegation der Wiedergutmachungskommission in Berlin.

3. Die Wiedergutmachungskommission, welche die deutsche Regierung in regelmäßigen Zwischenräumen von der Ausführung der für die Lieferungen an die Alliierten gegebenen Anordnungen durch die zuständigen Behörden Rechnung zu legen hat, hat den beteiligten Mächten jede Verletzung der oben angenommenen Grundsätze mitzuteilen.

*

Dem deutschen Außenminister Dr. Simons wurden gestern die Grundzüge der Antwort der alliierten Mächte auf die deutschen Vorschläge in der Kohlenfrage bekanntgegeben. In Spa wird erwartet, daß die deutsche Regierung ihre Antwort bis zur heutigen Sitzung des Obersten Rates, die um 11 Uhr stattfindet, übergeben wird.

Vor der Entscheidung.

Wie das Berliner Tageblatt aus Spa meldet, hat die Ententeantwort bei der deutschen Delegation eine ernste Ueberraschung hervorgerufen. Die Einmarschklausel und die oberschlesische Regelung seien eine komplizierte Berechnung. Sie bedürften einer genauen Prüfung. Zu diesem Zwecke werden die Finanz- und Kohlenkommission eine entscheidende Antwort der deutschen Delegation vorbereiten, die im Laufe des heutigen Tages der Entente überreicht werden wird. — Die Deutsche Allgemeine Zeitung hebt hervor, daß die Einmarschstelle in der Note den Bestimmungen des Vertrages von Versailles widerspreche. Es werden neue Verhandlungen darüber notwendig werden.

Einer Meldung aus Spa zufolge werden die in der alliierten Antwort erwähnten Anleihen für Beschaffung von Lebensmitteln usw. von England mit 22 Prozent übernommen. Die übrigen Alliierten übernehmen die restlichen 78 Prozent und verteilen sie im Verhältnis zu den von Deutschland erhaltenen Kohlenlieferungen.

Abkommen über die Ruhrgebietsbesetzung.

Aus Spa wird gemeldet: Wie bekannt wird, haben die Alliierten vorgestern abend ein Abkommen über militärische Besetzung des Ruhrgebietes unterzeichnet. Der Einmarsch sollte nach Ablauf eines an die deutsche Regierung gerichteten Ultimatums vor sich gehen, zu dessen Festsetzung der Oberste Rat gestern früh zusammengetreten ist.

Verschärfte Paßkontrolle im besetzten Gebiet.

Aus dem ganzen besetzten Gebiet wird die verschärfte Paßkontrolle berichtet, nicht nur in den Grenzstrichen, sondern auch in den Innenorten wird eine verschärfte Kontrolle vorgenommen.

Protest der christlichen Gewerkschaft.

Der deutsche Gewerkschaftsbund, bestehend aus dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, dem Gesamtverbond der Angestelltengewerkschaften und dem Gesamtverband der Beamten- und Staatsangestelltengewerkschaften, mit insgesamt 2 Millionen Mitgliedern, veröffentlicht folgende Erklärung: Der Verlauf der Verhandlungen in Spa schuf in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten und Beamten größte Empörung. Der deutsche Gewerkschaftsbund sieht sich daher zu folgender Erklärung veranlaßt: 1. Der Gewerkschaftsbund erhebt schärfsten Protest gegen den Versuch, die deutschen Arbeiter in Zwangsarbeit für ausländische kapitalistische Interessen zu nehmen, 2. er sieht in den Forderungen der Entente auf Einrichtung einer Kohlenkontrollkommission für die Kohlenverteilung die Absicht der systematischen Erdrosselung aller Industrien, die im Wettbewerb mit den Ententestaaten arbeiten und dadurch die Brotlosmachung großer Massen deutscher Arbeiter und Angestellten, 3. der D. G. B. hält eine ausreichende Belieferung der deutschen Industrien mit Kohle nach Annahme der Ententeforderungen für unmöglich und befürchtet stärkste Arbeitslosigkeit als Folge; 4. er erblickt in den Forderungen der Entente den Versuch, eine gewaltsame Regulierung der Arbeitszeit über die Köpfe der internationalen Bergarbeiterorganisationen durchzusetzen. Er empfindet diese Bestrebungen als einen Hohn auf die Anerkennung der Arbeiter und Angestellten aller Länder als vollwertigen Wirtschaftsfaktor. Mag die Konferenz in Spa zu Ende gehen wie sie will, ihr Resultat wird von den deutschen Arbeitern und Angestellten nur dann anerkannt werden, wenn es dem Lebensinteresse des deutschen Volkes Spielraum, und ihm die Möglichkeit zum Wiederaufstieg gibt. Die Zeit für die einseitige Bestimmung der Geschicke der Völker durch diktatorische Anordnungen ist für immer dahin. Der deutsche Gewerkschaftsbund fordert die gleichgesinnten Arbeiter, Angestellten und Arbeiter aller Länder auf, sich diesem Proteste anzuschließen.

Die Verkehrslage im Ruhrbergbau.

Infolge des Rückganges der Förderungen ist der bahnseitige Leerwagenzulauf anhaltend sehr günstig. In der vergangenen Woche wurden 18 600 Wagen gegenüber 19 000 in der voraufgegangenen angefordert und gestellt. Die Lagerbestände betrugen am Ende der Woche nur noch 190 000 Tonnen. — Die Kipperleistung in den Duisburg-Ruhrorter Häfen ist mit 26 300 Tonnen arbeitstäglich ungefähr die gleiche geblieben. Der Wasserstand des Rheins ist noch günstig, Schleppkraft zum Oberrhein fortdauernd sehr knapp. Der Brennstoffumschlag in den Kanalzechenhäfen ist von 26 000 Tonnen auf 24 500 Tonnen zurückgegangen. Der auf den Kanälen im Zechengebiet vorhandene Leerraum nimmt täglich zu.

Der schnelle Vormarsch der Bolschewisten.

Aus Warschau wird gemeldet: Die Fortschritte der Roten Armee vollziehen sich in dem gleichen atemraubenden Tempo wie bisher. Nachdem Molodetschno gefallen ist, gilt der nächste Schlag Wilna. Südöstlich von Wilna, von Molodetschno her, wurde bereits Swerzan, 60 Kilometer von Wilna, besetzt. Nordöstlich von Wilna, von Swemzany her, ist der Fluß Wilja überschritten. Michalischki ist eingenommen (50 Kilometer von Wilna). Gleichzeitig dringen die Bolschewisten gegen Lida vor, um auch vom Süden her Wilna abzuschneiden. Nur die Bahnlinie Bialystok—Grodno bietet noch größere Sicherheit. An der übrigen Front hat gleichfalls der unaufhaltsame Rückschritt der Polen eingesetzt. Vom Festungsdreieck ist außer Rowno nun auch Dubno geräumt, von wo der Feind nunmehr über Brody gegen Lemberg vorgeht, von dem er noch 100 Kilometer entfernt ist. Der südlichste Truppenteil umfaßt schon Kremenez und Kamenez-Podolsk. Hier war bisher das Asyl Petljuras, das er aber schon verlassen hat.

Nach einer Matinmeldung aus Spa soll dort gestern die Nachricht aus London eingegangen sein, die Sowjetregierung habe die von Lloyd George gestellten Bedingungen, in Waffenstillstandsverhandlungen mit Polen einzutreten, angenommen. Die Nachricht, die „Daily Herold" verbreitet, sei noch nicht bestätigt. Lloyd George habe den Text der Note der Sowjetregierung noch nicht erhalten.

Die Aufgaben des Reichswirtschaftsrates.

Der Präsident des Reichswirtschaftsrates, Edler von Braun, führte vor Pressevertretern über die Organisation und die Aufgaben des Reichswirtschaftsrates u. a. aus: Der Reichswirtschaftsrat ist das wirtschaftliche Parlament. Plenarsitzungen werden nur in beschränktem Umfange abgehalten. Eine Körperschaft von 324 Mitgliedern ist zu groß, um produktive Arbeit zu leisten. Deshalb ist die Haupttätigkeit des Wirtschaftsparlamentes in die Ausschüsse verlegt. Von diesen sind bisher drei gebildet. Der Geschäftsordnungsausschuß, der wirtschaftspolitische und der sozialpolitische Ausschuß sollen auch während der Vertagung des Reichswirtschaftsrates selbst tagen. Ferner ist die Bildung eines Ernährungsausschusses bereits beschlossen. Außer diesen Ausschüssen soll noch eine größere Anzahl Unterausschüsse gebildet werden. Der Reichswirtschaftsrat hat jetzt für die nächste Zukunft zunächst zwei Aufgaben zu lösen: 1. die Frage der Zwangswirtschaft, die nach der öffentlichen Ueberzeugung den Bedürfnissen des heutigen Wirtschaftslebens nicht mehr entspricht; 2. die Ordnung der Finanzwirtschaft, die sich auf Ausschaltung der Papiergeldwirtschaft und Aenderung der Steuergesetzgebung aufbauen muß. Bei der Lösung seiner Aufgaben muß der Reichswirtschaftsrat suchen, sich von der Parteipolitik vollkommen fern zu halten, und die wirtschaftlichen Fragen rein nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu lösen. Die gestellten Probleme können weder in den Formen des Kapitalismus der früheren Zeit, noch in den Formen des Sozialismus nach dem Schema des Parteiprogrammes gelöst werden. Es muß eine neue Wirtschaftsform gefunden werden, worin durch Zusammenfassung der Arbeitskraft der Arbeiter und der Unternehmer ein neuer Wirtschaftsorganismus geschaffen wird, der die Initiative und den Unternehmungsgeist des Unternehmers nicht lähmt, andererseits dem Arbeiter eine Stellung gibt, worin er sich nicht mehr als Ausbeutungsobjekt des Kapitalismus fühlt. Diese Form zu finden, wird die Hauptaufgabe des Reichswirtschaftsrates sein.

Der Kohlenvertrag mit Holland hinfällig.

Der Berichterstatter des Nieuwen Rotterdamschen Courant in Spa hatte eine Unterredung mit Dr. Simons über die Frage der Kohlenlieferungen an die Niederlande. Der Minister sagte, er habe bei Uebernahme des Auswärtigen Amtes zwei Verträge vorgefunden, die im Widerspruch miteinander ständen: Der Vertrag von Versailles und der mit Holland. Der Versailler Vertrag müsse den Vorrang haben, da er älter sei und auch die größere Macht hinter sich habe. Er verstehe nicht, wie der Vertrag mit den Niederlanden geschlossen werden konnte, solange tatsächlich ein allgemeiner Arrest auf dem ganzen deutschen Vermögen ruhe. Nichtsdestoweniger könne sich Holland versichert halten, daß er alles tun werde, um die Holländer zufrieden zu stellen, soweit es möglich sei. Er könne aber nicht sagen, was man werde liefern können. Er wisse nicht einmal, ob überhaupt Kohlen für die Ausfuhr zur Verfügung gestellt werden könnten. Man sei eben in dieser Beziehung vollständig von der Entente abhängig.

Kleine Nachrichten.

In einer Besprechung im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft über die neuen Höchstpreise für Getreide erklärte Staatssekretär Dr. Hüber, daß die Preise für Getreide das Brot im neuen Wirtschaftsjahr nicht teurer, aber auch nicht billiger machen würde.

Der Berliner Polizeipräsident setzte 10 000 ℳ Belohnung aus für die Ermittelung des Täters, der die Fahne von der französischen Gesandtschaft herabholte. Reichskanzler Fehrenbach hat in Spa Millerand sein Bedauern über den Vorfall ausgesprochen.

In Kreuznach überfielen zwei Marokkaner ein spazierengehendes Paar. Der junge Mann wurde durch einen Schlag auf den Kopf betäubt. Wieder zu sich gekommen, bat er einen in einem nahen Gasthofe sitzenden französischen Offizier um Hilfe. Dieser befreite schließlich das Mädchen, wobei er selbst von den Marokkanern mit dem Revolver bedroht wurde.

Hindenburg ist der Meinung, daß es sich bei dem Einbruch bei ihm um einen Gelegenheitsdieb handelt und daß irgendwelche politische Motive nicht in Betracht kommen. Nach den bisherigen Ermittelungen der Polizei liegt dafür auch nicht der geringste Anhalt vor. Ein gestern Verhafteter wurde Hindenburg vorgeführt, konnte von diesem aber nicht mit voller Sicherheit als der Einbrecher erkannt werden.

Im Mar del Plata (Südamerika) sind infolge Sturms 24 Fischerbarken gesunken. 20 Personen sind ertrunken.

In der ersten Sitzung des neugewählten bayrischen Landtages wurde Königbauer (bayr. Volksp.) zum Präsidenten, Erhard Auer zum ersten Vizepräsidenten und Goßler (U. S.) zum zweiten Vizepräsidenten gewählt.

Bei der Abstimmung im württembergischen Landtage wurde der Regierung das Vertrauen mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei ausgesprochen, gegen die Stimmen der Unabhängigen. Die Bürgerpartei und der Bauernbund enthielten sich der Abstimmung. Das Mißtrauensvotum der Unabhängigen wurde mit 84 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

In Saarlouis wurden gewählt 16 Zentrumsanhänger, 6 Vertreter der bürgerlichen Partei und 9 Unabhängige. Zahlreiche Orte mit Arbeiterbevölkerung haben sozialdemokratische Mehrheiten. Die Kreisstädte Merzig und St. Wendel weisen Zentrumsmehrheit auf. In Ottweiler verteilen sich die Sitze zur Hälfte auf die Bürgerlichen, zur Hälfte auf die Mehrheitssozialisten.

Das neue Reichsversorgungsgesetz.

Man schreibt uns: Die Nationalversammlung hat kurz vor ihrem Auseinandergehen das Reichsversorgungsgesetz verabschiedet. Dieses Gesetz regelt einheitlich die Heilversorgung der Kriegsbeschädigten und die Rentenversorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen. Die bisherige Rentenversorgung erfolgte nach dem Mannschaftsversorgungsgesetz von 1906, dem Militärhinterbliebenengesetz von 1907 und dem Offizierpensionsgesetz von 1906. Alle diese Gesetze, mitten im tiefen Frieden geschaffen, erwiesen sich bald nach Kriegsausbruch in ihrer Anwendung auf die Beschädigten und Hinterbliebenen eines nach Millionen zählenden Volksheeres als unzulänglich. Die Versorgung erfolgte für Offiziere und Mannschaften nach verschiedenen Grundsätzen. Sie war aufgebaut und gestaffelt nach dem zufälligen militärischen Dienstgrad; sie nahm auf die soziale Lage und den Familienstand des Beschädigten sowie auf die verschiedenen örtlichen und Teuerungsverhältnisse keine Rücksicht; sie machte für die aus dem Militärdienst während des Krieges herrührenden Gesundheitsschädigungen noch Unterschiede nach Kriegsdienst- und sog. „Friedensdienstbeschädigung". Die Rentenhöhe war zudem völlig unzureichend.

Außer den hier angeführten stellten sich schon in den ersten Kriegsjahren zahlreiche weitere Mängel heraus, die die Erkenntnis der Unhaltbarkeit dieser Gesetze in allen Kreisen, auch bei der Reichsregierung, reifen ließen. Die alte Regierung kam jedoch nicht dazu, dem erkannten Uebelstande abzuhelfen, sie verschob vielmehr die Neuordnung der Rentenversorgung bis nach dem Friedensschlusse.

Als am 1. Oktober 1919 die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen von den Kriegsministerien auf das Reichsarbeitsministerium überging, wurde die Schaffung eines neuen Gesetzes, die insbesondere von den Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenorganisationen, insbesondere vom Zentralverbande deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener, immer energischer gefordert wurde, in Angriff genommen.

Nach halbjähriger Vorbereitung kam das Gesetz Mitte April 1920 an die Nationalversammlung. Leider kam es hier infolge der knappen Zeit nicht zu eingehender Beratung. Das Parlament konnte darum nicht mehr viele Verbesserungen am Entwurf vornehmen. Immerhin ist mit dem neuen Gesetz die Versorgung der Kriegsopfer auf eine neue, bessere Grundlage gestellt, und ein großer Teil der berechtigten Forderungen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ist erfüllt.

Die Versorgung für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene ist jetzt in einem Gesetz vereinigt. Die Vollrente der Kriegsbeschädigten bildet die Grundlage für die Berechnung der Hinterbliebenenrenten.

Der Unterschied in der Art und Höhe der Bemessung der Versorgung für Offiziere und Mannschaften und deren Hinterbliebene ist gefallen. Das Gesetz macht in dieser Hinsicht keine Unterschiede mehr. Ebensowenig spielt der zufällige militärische Dienstgrad des Beschädigten oder Gefallenen, von dem die Höhe der Gebührnisse früher zum Teil abhängig war, künftig eine Rolle.

Aeußerst wichtig ist für die Kriegsbeschädigten, daß ein Rechtsanspruch auf Heilbehandlung bei allen Krankheiten, die auf Dienstbeschädigung beruhen, geschaffen wurde. Bislang bestand dieser Rechtsanspruch nicht. Die Durchführung der Heilbehandlung obliegt den Krankenkassen, einerlei, ob der Beschädigte versicherungspflichtig ist oder nicht. Auf die Lieferung und Instandhaltung von orthopädischen und sonstigen Hilfsmitteln und von Körperersatzstücken besteht ebenfalls Rechtsanspruch.

Kriegsbeschädigte und unter gewissen Voraussetzungen auch Kriegerhinterbliebene haben Anspruch auf Berufsausbildung, wenn infolge der Beschädigung oder wegen Aenderung der sozialen oder wirtschaftlichen Verhältnisse eine Berufsumschulung erforderlich ist.

Bei Bemessung der Versorgungsgebührnisse ist jeder Unterschied zwischen Kriegsdienstbeschädigung und sog. „Friedensdienstbeschädigung" gefallen. Die frühere Kriegszulage ist jetzt in die allgemeine Rente mit einbezogen.

Die Grundrente beträgt bei Minderung der Erwerbsfähigkeit um 20 Prozent 480 Mk. im Jahr; sie steigt bei jeder weiteren Minderung der Erwerbsfähigkeit um 10 Prozent um je 240 Mk. und beträgt bei völliger Erwerbsunfähigkeit 2400 Mk.

Die frühere Verstümmelungszulage in ihrer Beschränkung auf nur äußerlich Schwerbeschädigte hat der gerechteren und weitgehenderen Schwerbeschädigtenzulage Platz machen müssen. Letztere wird jetzt bei allen Schwerbeschädigten mit 50—100 Prozent Erwerbsbeschränkung steigend in Höhe von 150—900 Mk. gewährt. Diese Beträge erhöhen sich noch durch die Prozentsätze der Berufszulage, der Ortszulage und der Teuerungszulage.

Der sozialen Lage des Beschädigten trägt die Ausgleichszulage Rechnung. Diese beträgt als „einfache Ausgleichszulage", falls der Beschädigte einen Beruf ausgeübt hat, der erhebliche Kenntnisse und Fertigkeiten erfordert, ein Viertel der Grundrente und Schwerbeschädigtenzulage; wenn er einen Beruf hatte, der erhebliche Kenntnisse und Fertigkeiten sowie ein besonderes Maß von Leistung und Verantwortung erforderte, als erhöhte Ausgleichszulage die Hälfte der vorstehend angeführten Gebührnisse. — Grundrente (480—2400 Mark), Schwerbeschädigtenzulage (150—900 Mk.) und die ev. hinzukommende Ausgleichszulage bilden die sogenannte Vollrente im Sinne des Gesetzes. Neu im Gesetz ist die Familienzulage für die kriegsbeschädigten Rentenempfänger. Sie beträgt für jedes Kind unter 18 Jahren 10 Prozent des sich aus Grundrente, Schwerbeschädigtenzulage und Ausgleichszulage ergebenden Betrages.

Ausnahmebestimmungen gegen Beamte und im öffentlichen Dienst Beschäftigte nach Art des § 36 Abs. 3 des alten Mannschaftsversorgungsgesetzes kennt das Reichsversorgungsgesetz nicht.

Solange der Beschädigte wegen seines Versorgungsleidens so hilflos ist, daß er nicht ohne fremde Wartung und Pflege bestehen kann, hat er Rechtsanspruch auf die Pflegezulage, die je nach Art der Pflegebedürftigkeit 600, 1000 oder 1500 Mk. jährlich beträgt.

Hinterbliebenenrente, auf die bislang nur die Witwen und Waisen Anspruch hatten, muß nunmehr auch den bedürftigen Eltern sowie für Adoptiv-, Stief- und Pflegekinder und uneheliche Kinder gezahlt werden. — Die Rente der erwerbsfähigen Witwe beträgt 30 Prozent, die der erwerbsunfähigen Witwe 50 Prozent der Vollrente. Die Halbwaise erhält 15 Prozent, die Vollwaise 25 Prozent der Vollrente. — Die Elternrente beträgt für die Eltern zusammen 30 vom Hundert der Vollrente des Gefallenen.

Um für die verschiedenen Teuerungsverhältnisse einen Ausgleich zu bieten, wird zu den Versorgungsgebührnissen eine Ortszulage gezahlt, die in Höhe von 10, 20, 30 und 35 Prozent der Gebührnisse nach den Ortsklassen D bis A des Besoldungsgesetzes abgestuft ist.

Als Ausgleich für die allgemeine Teuerung ist eine Teuerungszulage geschaffen, die sich vom Inkrafttreten des Gesetzes an auf 25 Prozent der nach dem Gesetz zu gewährenden Gebührnisse beläuft.

Durch die im Gesetz ermöglichte Uebertragung oder Verpfändung der Gebührnisse können sich die Versorgungsberechtigten im Anleihewege ein Kapital beschaffen zwecks Einrichtung oder Erweiterung eines Geschäfts, Gründung eines Hausstandes usw. Die vorgesehene Kapitalabfindung, die den Beschädigten auf ein Viertel, den Hinterbliebenen auf die Hälfte der dauernd zustehenden Gebührnisse gewährt werden kann, soll ihnen den Erwerb oder die wirtschaftliche Stärkung eigenen Haus- und Grundbesitzes ermöglichen.

Wichtig ist vor allem, daß das neue Reichsversorgungsgesetz in fast allen Fällen eine wesentliche Erhöhung der Geldleistungen bringt, vor allem für die Schwerbeschädigten, die erwerbsunfähigen Witwen und die kinderreichen Witwen.

So erhält z. B. ein um 50 Prozent erwerbsbeschränkter Kriegsbeschädigter:

a) Nach dem alten Gesetz von 1906 nebst allen Rentenerhöhungen und Zulagen jährlich insgesamt:

als Gemeiner: 1008 ℳ
„ Unteroffizier: 1050 „
„ Feldwebel: 1260 „

Familienstand und örtlich verschiedene Teuerungsverhältnisse spielen bei der Versorgung nach dem alten Gesetz keine Rolle.

b) Nach dem neuen Reichsversorgungsgesetz von 1920 in Mark:

	unverheiratet			verheiratet Vater eines Kindes			unverheiratet Vater von vier Kindern		
	ohne	mit einfacher	mit erhöhter	ohne	mit einf.	mit erhöhter	ohne	mit einfacher	mit erhöhter
	Ausgleichszulage								
Ortsklasse E	1688	2210	2531	1856	2321	2785	2373	2955	3546
„ A	2279	2849	3418	2506	3134	3760	3190	3989	4788

Bei der Hinterbliebenenversorgung ist gleichfalls eine erhebliche und im allgemeinen noch stärkere Steigerung der Rentensätze zu beobachten.

a) Nach dem alten Gesetz von 1907 erhält:

eine Kriegerwitwe ohne Kinder . . . . 694,40 ℳ
„ „ mit einem Kind . . 980,— „
„ „ „ zwei Kindern . . 1265,60 „
„ „ „ drei „ . . 1551,20 „
„ „ „ vier „ . . 1836,80 „

Die Gebührnisse für die Witwe eines Unteroffiziers, Sergeanten oder Feldwebels sind um ein Geringes höher. Wenn mehr als vier Kinder vorhanden sind, ist die Rente verhältnismäßig oft noch etwas geringer. Auf örtliche Teuerungsverhältnisse nimmt auch die alte Rentenversorgung der Hinterbliebenen keine Rücksicht.

b) Nach dem neuen Reichsversorgungsgesetz von 1920 werden folgende Versorgungssätze für Kriegerhinterbliebene gezahlt:

	a) die erwerbsfähige Witwe ohne Kinder			b) die erwerbsunfähige Witwe ohne Kinder			mit 3 Waisen			mit 4 Waisen		
	ohne	mit einfacher	mit erhöhter	ohne	mit einfacher	mit erhöhter	ohne	mit einfacher	mit erhöhter	ohne	mit einfacher	mit erhöhter
	Ausgleichszulage											
Ortsklasse E	1238	1548	1856	2063	2579	3094	3300	4125	4950	4537	5671	6806
„ C	1485	1858	2228	2475	3095	3713	3969	4950	5940	5845	6805	8167
„ A	1671	2089	2508	2785	3481	4178	4455	5569	6793	6125	7657	9410

Die starke Erhöhung aller Versorgungsgebührnisse ist aus den vorstehenden Gegenüberstellungen klar ersichtlich. Das neue Versorgungsgesetz enthält ferner noch einige wichtige Bestimmungen. So ist z. B. die Rentenversorgung der Reserveoffiziere sichergestellt, die, wenn sie nicht völlig dienstunfähig in militärischem Sinne waren, nach den früher für sie gültigen Bestimmungen keine Versorgung erhielten. — Ferner enthält das Gesetz das Verbot der Anrechnung der Versorgungsgebührnisse auf Lohn oder Gehalt.

Das Reichsversorgungsgesetz hat rückwirkende Kraft vom 1. April 1920 an. Von da an gelten auch die erhöhten Rentensätze, die es mit sich bringt. Es wird allerdings Monate dauern, bis die Versorgung für die Millionen von Berechtigten nach dem neuen Gesetz umgestellt ist. Vom 1. Mai an werden, um die alten Sätze der Versorgung mit den neuen Gebührnissen auszugleichen, zu den Renten der Kriegsbeschädigten 30prozentige, zu denen der Hinterbliebenen 40prozentige Zuschläge gezahlt. Vom 1. August an werden für die Kriegshinterbliebenen außerdem aufs neue erhöhte Rentensätze gezahlt, die den Beträgen nach dem neuen Reichsversorgungsgesetz nahe kommen. Die sich etwa noch ergebenden Fehlbeträge gegenüber dem neuen Gesetz werden nachbezahlt.

Die Kosten der Versorgung, die das Reich aufzubringen hat, belaufen sich nach dem Versorgungsgesetz schätzungsweise auf 6 bis 6½ Milliarden Mark jährlich.

Lebhafte Unruhe verursachen in den Kreisen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen die Ruhensvorschriften des Gesetzes nach §§ 63 und 64, wonach bei einem reichseinkommensteuerpflichtigen Einkommen von über 5000 Mk. Teile der Renten ruhen. Bei einem reichseinkommensteuerpflichtigen Einkommen von 14 000 ℳ ruht die Rente mit Ausnahme der Schwerbeschädigtenzulage u. der Pflegezulage ganz. Es ist nicht anzunehmen, daß diese Bestimmungen auf die Dauer durchführbar sein werden. Am besten wäre es, man hätte sie überhaupt nicht oder nicht in dieser Form aufgenommen, zumal sie eine Verschlechterung des bestehenden Rechts und eine einzig dastehende Ausnahmebestimmung zu Ungunsten der Kriegsopfer darstellen. Eine Verschlechterung bestehenden Rechts ist es auch, daß nicht mehr, wie bislang, die Renten oder doch Teile derselben steuerfrei sind.

Im großen und ganzen läßt sich jedoch sagen, daß das neue Reichsversorgungsgesetz gegenüber dem bisherigen Zustande einen entschiedenen Fortschritt darstellt. Möge es den Millionen von Opfern des Weltkrieges zum Segen gereichen! Man braucht nicht daran zu zweifeln, daß Mängel und Fehler sowie Härten, die sich bei der Durchführung ergeben sollten, vom neuen Reichstage alsbald abgestellt werden.

Die Bedeutung des Gesetzes läßt sich an den Zahlen Versorgungsberechtigter ermessen, auf die es Anwendung findet. Nach amtlichen Mitteilungen wird die Zahl der Kriegerwitwen auf 600 000, die der Kriegerwaisen auf 1 200 000, die der übrigen Hinterbliebenen ebenfalls auf 600 000 geschätzt. Dieses gibt die Zahl von annähernd 2½ Millionen Kriegerhinterbliebenen. Die endgültige Zahl der kriegsbeschädigten Rentenempfänger wird rund 1½ Millionen betragen. Mit ihren Familienangehörigen machen Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene rund 10 Prozent der Gesamtbevölkerung des deutschen Reiches aus.

Aus Westdeutschland.

Köln, 16. Juli. Um Eisenbahnunfälle zu verhüten, bedient sich die Eisenbahnverwaltung des Quecksilbers, das in den Weichen an den Stellwerken angebracht wird. In letzter Zeit mußte man nun die traurige Beobachtung machen, daß verbrecherische Hände sich dieses Quecksilbers bemächtigten, um es zu hohen Preisen an den Mann zu bringen. Bei einer nächtlichen Streife ertappte man mehrere Burschen auf frischer Tat. Das Kölner Gericht verhängte über sie bei sofortiger Verhaftung Gefängnisstrafen von je einem Jahre. — Auf dem letzten Hauptmarkte war in Lebensmitteln sowohl als in Obst ein erfreulicher Preissturz zu verzeichnen. Angesichts der überaus reichlichen Zufuhr, namentlich auch aus Holland, mußte teilweise sogar unter Höchstpreis verkauft werden. Für dicke Bohnen war ein Großhändler-Preis von 70 Pfg. festgesetzt; der rheinische Bauer schlug sie zu 50 Pfg., der Holländer zu 40 Pfg. los. Auch in Obst war eine derart reichliche Zufuhr bemerkbar, daß ein merklicher Preissturz eintrat. Auch die Lebensmittelgroßhändler mußten sich dazu verstehen, ihre Preise merklich herabzusetzen.

Köln, 16. Juli. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat entschieden, daß die Anwerbung für die Sicherheitspolizei durch Plakate oder Anzeigen in den Zeitungen im besetzten Gebiet verboten ist.

Köln, 16. Juli. Infolge Weigerung der Arbeiter der Maschinenbauanstalt Humboldt, das Zeitkartensystem einzuführen, wurden gestern große Arbeiterentlassungen vorgenommen. Im ganzen kommen etwa 3600 Arbeiter in Frage. — In der Sitzung der Ernährungskommission wurde von der Stadtverwaltung bekannt gemacht, daß es ihr zu Ohren gekommen sei, daß von gewisser Seite ein Sabotageakt für die nächste Zeit geplant sei, der die gesamte behördliche Fleischversorgung mit einem Schlage über den Haufen werfen solle, um dem freien Handel auch in Köln und Umgebung Raum zu schaffen. Aus der Versammlung wurde der Ansicht Raum gegeben, daß es sich nicht um einen Sabotageakt handle, sondern um ein planmäßiges Vorgehen von Viehhändlerverbänden, welche die Unzufriedenheit der Landwirtschaft und der Metzgerschaft mit dem Vorgehen der behördlichen Viehhandelsverbände benutzen wollen, um auf diese Weise diese letzteren auszuschalten und ab 1. August die Fleischbewirtschaftung in eigene Hände zu nehmen.

Trier, 16. Juli. Gegen das Todesurteil im Mordprozeß Klassen wird der Verteidiger Revision beim Reichsgericht einlegen.

Finkenrath (b. Aachen), 16. Juli. Nach gemeinsamer Teilnahme an einer Festlichkeit und Tanz im Hause eines Mädchens, wurde hier ein 19jähriger Bergmann von einem anderen jungen Manne erschossen. Der Tat soll Eifersucht wegen eines 16jährigen Mädchens zu Grunde liegen.

Rheydt, 16. Juli. Die Stadtverordnetenversammlung hat das Gesuch des Oberbürgermeisters Lehwald um Versetzung in den Ruhestand genehmigt.

Dülken, 16. Juli. Ein Mann von hier wurde beim Schmuggeln an der holländischen Grenze erschossen.

Grevenbroich, 16. Juli. Ein 400 Morgen großes Gut im hiesigen Kreise, das bisher jährlich 13 000 Mark Pacht erbrachte, erzielte bei einer Neuverpachtung statt der bisherigen Summe 65 000 Mark.

Elberfeld, 16. Juli. Die Stadtverordneten hatten sich mit der Wahl des Oberbürgermeisters zu beschäftigen. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Ausschreibung der Stelle beantragt, während die Bürgerlichen die Wahl des bisherigen Ersten Beigeordneten Dr. Kirschbaum vorschlugen. Bei der Abstimmung erhielt Dr. Kirschbaum 34 Stimmen. Die Mehrheitssozialisten gaben weiße Zettel ab, während 6 Stimmen der Unabhängigen auf Dr. Erdmann (Düsseldorf) entfielen. Dr. Kirschbaum nahm die Wahl an, nachdem der rechtssozialistische Führer die Erklärung abgegeben hatte, daß seine Fraktion dem neuen Stadtoberhaupt in wohlwollender Neutralität gegenüberstehen würde. Dr. Kirschbaum ist vor 10 Jahren als Stadtassessor in den Dienst der Stadt Elberfeld getreten.

Kleve, 16. Juli. Der Mord an dem Dienstmädchen Sibilla Kaiser aus Kapellen stand vor dem Schwurgericht zur Verhandlung. Das Mädchen stand bei dem Landwirt Biefang in Kapellen in Diensten und die Söhne desselben, Heinr. und Gerhard Biefang, haben zugegeben, das Mädchen an dem fraglichen Abend im Beisenkamper Meer ertränkt zu haben. Heinrich B. hatte mit dem Mädchen ein Verhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Am Nachmittag des 5. Juni fuhren die Gebrüder Biefang zu einem Vergnügen in einer etwa 10 Minuten entfernten Wirtschaft. Sie tranken einige Glas Bier und Kognaks. Ein Unbekannter soll dem Heinrich B. hier Vorhaltungen bezüglich der Kaiser gemacht haben, was ihn sehr erregt habe. Sie gingen noch in eine zweite Wirtschaft und ließen sich vier Fläschchen füllen mit Pfeffermünz, Aniselt, Ingwer, Kognak und Korn. Den Inhalt wollen sie getrunken haben und in betrunkenem Zustande nach Hause gefahren sein. Unterwegs soll Heinrich B. erklärt haben, er wolle sich mit seiner Braut umbringen. Der Jüngere habe gemeint, das wäre Unsinn, sie sollten lieber das Mädchen allein ersaufen. H. sollte mit dem Mädchen nach dem Bettenkamper Meer spazieren gehen, dann wollten sie beide das Mädchen hineinstoßen. So wurde es ausgemacht. Zu Hause angelangt, sahen sie das junge Mädchen auf dem Hofe, und H. führte sie nach dem Meer spazieren, wo auch der Bruder Gerhard hinzukam. Beide faßten nun das Mädchen und ließen es ins Wasser. Sie setzten sich dann auf die mitgebrachten Räder und fuhren nach Hause. Auf Grund der polizeilichen Vernehmung war man zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Tat nicht nur vorsätzlich, sondern auch mit Ueberlegung geschehen sei. Sie hatten nämlich selbst erklärt, der jüngere Bruder habe Posten gestanden und gewartet, bis das Paar gekommen sei, dann hätten sie gemeinsam das Mädchen gefaßt, auf den Kopf gestellt und ins Wasser geworfen. Ein großer Zeugenapparat war aufgeboten. Die Geschworenen verneinten die Frage nach Ueberlegung und bejahten die Frage nach vorsätzlicher Tötung. Der jüngere Angeklagte war noch nicht 18 Jahre alt. Das Gericht erkannte gegen Heinrich B. auf eine Zuchthausstrafe von 6 Jahren und gegen den Bruder auf eine Gefängnisstrafe von 4 Jahren.

Contessa Jolandas seltsame Heirat.

Ein Roman aus der römischen Gesellschaft
Von A. Boettcher.

18

Man reißt sich förmlich um ihren Besuch. Ihre Schönheit, ihre lächelnde Liebenswürdigkeit, ihr heiteres Geplauder, bilden für jedes Haus, das sie gerade durch ihre Gegenwart auszeichnet, eine besondere Anziehungskraft.

Und Jolanda Millefiore fühlt sich inmitten dieser Popularität so recht in ihrem Element.

Als der heiße römische Sommer hinabgeglüht ist und bereits frische Herbstwinde vom Mittelmeer herüberwehen, zieht sie sich noch für einige Wochen, in Begleitung ihrer Mutter, in die Einsamkeit eines winzigen, wie ein Schwalbennest an felsigem Bergeshang hängenden Häuschens von Rocca di Papa, dem kleinen Gebirgsdorf in der Nähe von Frascati zurück.

Früher hatte sie in Gedanken darum das zierliche Näschen gerümpft. Doch jetzt dünkt sie gerade die kräftige Gebirgsluft, die völlige Abgeschiedenheit da oben passend, um ein paar Wochen nur ihrer Gesundheit und Auffrischung ihrer äußeren Schönheit zu leben, damit sie nach Weihnachten bei Eröffnung der römischen Saison frischer und strahlender sei denn je. Sie zwingt sich, so schwer es ihr auch fällt, bei Morgengrauen aufzustehen und mit Sonnenuntergang zu Bett zu gehen; sie unternimmt weite Spaziergänge und meidet alle kulinarischen Genüsse, damit ihre Wangen den Schmelz, ihre Augen den Glanz wieder erhalten der ihnen während des vergangenen Jahres ein wenig abhanden gekommen.

Wie vor einem Jahre, so sind auch jetzt alle mütterlichen Vorstellungen vergebens.

Selbst die leichtlebige Blanche d'Ormond, nach wie vor Jolandas vertraute Freundin, sieht sich einmal zu einem zarten Vorwurf veranlaßt.

„Wenn ich an Ihrer Stelle wäre, liebste Contessa, und die Bewerber um meine Hand an den Fingern herzählen könnte, würde ich den Gedanken an eine zweite Heirat nicht so ohne weiteres verwerfen."

Da hatte Jolanda übermütig aufgelacht.

„Nein, Teuerste! Ich fühle mich äußerst wohl so, wie es ist. Ich liebe nun einmal keine Ketten, selbst wenn sie von Rosen sind."

„Aber Sie wären freier mit einem Gatten zur Seite als jetzt —"

„— oder völlig gebunden. Ich danke sehr. Wenn ich jemals wieder heiraten sollte, müßte mir diese Ehe große Vorteile bieten; sie müßte etwas sein, was aus der hergebrachten Schablone herausfiele, und meiner Person ein besonderes Relief verleiht. Ich bin des italienischen Adels müde. Die Kavaliere hier mit ihren faden Huldigungen und schmachtenden Blicken langweilen mich. Ein indischer Rajah, ein Maurenfürst oder ein Hinduhäuptling — das wäre doch mal etwas anderes!"

„Das nenne ich einen energischen Vorsatz!" lacht Blanche d'Ormond mit süßsaurer Miene. Aber in ihrem heitern Lachen klingt etwas wie versteckter Neid nach. —

Niemand wird freudiger, enthusiastischer zu Beginn der neuen Wintersaison in der Gesellschaft bewillkommnet, als Jolanda. Bald finden ein paar kleinere Festlichkeiten statt, bei denen sie, wie im Vorjahre, als Ballkönigin glänzt.

Zuerst hielten ihre schwarzen Augen noch etwas unruhig Umschau, ob Graf San Martinos weltmännisch nonchalante Gestalt auftauche: denn — obgleich sie es sich nicht gestehen will — eine innere Stimme sagt ihr, daß dieser exaltierte Feuerkopf nicht so geduldig mit sich spielen ließ, wie all die übrigen.

Zu ihrer Erleichterung war er jedoch nirgends sichtbar. Er habe während des Herbstes eine Weltreise unternommen, von der er noch nicht zurückgekehrt sei — wie man sagt.

Auch eine andere beliebte Erscheinung im Gesellschaftsleben des Vorjahres fehlte: Dr. Winfried Roden. Nachdem der junge Gelehrte sein Buch über die neuesten Ausgrabungen auf dem Forum Romanum beendet hatte, war er nach seiner Heimat gereist, um mit seinem Verleger alles Nötige persönlich zu besprechen. Und diese wichtige Angelegenheit zieht sich in die Länge, so daß Jolandas Augen auch nach der blonden Reckengestalt des „deutschen Bücherwurmes" vergebens ausspähen.

Zuerst freilich — da meinte sie, ein seltsam wehes Gefühl im Herzen zu spüren, als sie Winfried Roden nirgends gewahrte. Doch mit dem ihr eigenen leichten Sinn verspottete sie sich selbst über diese „sentimentale Anwandlung". Und schon nach wenigen Wochen denkt sie kaum mehr an den ernsten Mann, der ihr niemals huldigend genaht und in dessen Augen sie doch einmal — ein einziges Mal — einen Strahl wärmerer Empfindung aufflammen sah — — ein kurzer Glücksmoment, dessen beseligende Wonne noch lange in ihr nachgezittert hatte. —

Heute, an einem jener wundersamen römischen Wintertage, da vom tiefblauen Himmel die Sonne hell und warm herniederlacht, fast wie im Frühling — sitzt Jolanda wieder einmal in gelangweilter Stimmung ihrer Mutter gegenüber am Frühstückstisch.

Mißmutig schieben ihre beringten Hände den Haufen Briefe beiseite, den sie nur flüchtig angesehen: lauter Offerten von Lieferanten, und Einladungen für die laufende Woche.

„Genau wie voriges Jahr!" spöttelt sie, das letzte, ziemlich große, veilchenfarbene Kuvert ergreifend. „Es fängt nachgerade an, langweilig zu werden!"

Während ihre Zähnchen munter an einem knusperigen Kaviarbrötchen herumknabbern, überfliegt sie den in genialen Schriftzügen hingeworfenen, ziemlich langen Brief. Und je weiter sie liest, umso gespannter wird ihr Gesichtsausdruck.

Und jetzt ein leiser Freudenruf.

Signora Toselli, die gerade ihre Kaffeetasse zum Munde führen wollte, läßt die Hand mit dem aromatisch duftenden Getränk sinken.

„Nu—n? Von wem ist der Brief?„

„Von der Herzogin Ludovisi!"

„Was schreibt sie denn? Du bist ja ganz aufgeregt!"

Noch immer ruht Jolandas Blick auf den schwungvollen Schriftzügen, als traue sie ihren Augen nicht.

„Das hätte ich wirklich von der Herzogin nicht erwartet. Ich hielt sie stets für meine Feindin. Und nun dieser Brief —"

Und Jolanda reicht der Mutter den engbeschriebenen veilchenblauen Bogen.

Signora Toselli rückt sich die Brille zurecht und beginnt zu lesen.

Der Brief enthält eine Einladung zum Diner für den morgenden Sonntag im Palazzo Ludovisi mit dem besonders liebenswürdigen Schluß:

„— — Und nun machen Sie sich so unwiderstehlich wie möglich, liebe Contessa! Es kann Ihnen ja nicht schwer fallen. Im Vertrauen gesagt: ich habe das Diner zu Ehren eines illustren Gastes, den ich morgen zum erstenmal bei mir sehe. Sie haben jedenfalls schon von dem Fürsten Boris Barsescu gehört, von seinen grandiosen Weltreisen, von seinen unermeßlichen Reichtümern, vielleicht auch von seiner Blasiertheit. Wie mir gesagt wurde, soll dieser Herr sich wiederholt gerühmt haben, daß kein Weib es jemals fertig bringen würde, ihn zu fesseln. Er habe die schönsten Frauen der Erde gesehen, ohne daß sein Herz auch nur davon berührt oder sein Blut auch nur im geringsten in Wallung gekommen wäre.

Offen gestanden: solcher Hochmut unserem Geschlecht gegenüber ärgert mich. Ich habe deshalb für morgen eine Anzahl der reizendsten Damen der römischen Gesellschaft, unter denen Ihnen anerkanntermaßen die Palme gebührt, eingeladen. Er soll sehen, daß es in Italien schöne Frauen gibt, die wohl imstande sind, auch dem kühlsten Männerherzen gefährlich zu werden. Ich rechne bestimmt auf Ihr Kommen. Graf San Martinos Anwesenheit wird Sie doch wohl genieren —"

Es ist der erste Brief, den Jolanda von der Herzogin erhält. Der vertrauliche Ton schmeichelt ihrer Eitelkeit. Selbstverständlich wird sie der Einladung Folge leisten! Was kümmert sie Graf San Martinos Anwesenheit!

Die Lehrerswitwe freilich schüttelt den Kopf über den Inhalt des Briefes. Sie weiß selbst nicht, was sie daran unangenehm berührt: aber das Gefühl ist so stark in ihr, daß sie die Tochter bittet, abzusagen.

Doch Jolanda lacht in ihrer übermütigen Weise hell auf.

„Du erblickst immer und überall Gespenster, Mutter. Wenn ich die Welt mit Deinen Augen ansähe, möchte ich mich lieber begraben lassen."

Und aufs neue überfliegt sie die schmeichelhafte Einladung.

Da fällt ihr Blick auf eine kurze Nachschrift, die ihr in ihrer freudigen Erregung bisher entgangen:

„Kommen Sie, wenn irgend möglich, eine halbe Stunde früher! Ich möchte, bevor die übrigen Gäste erscheinen, noch mit Ihnen sprechen!"

„Ueber den Fürsten," denkt Jolanda, den Brief zusammenfaltend. Im stillen freut sie sich, daß sie über diese illustre Persönlichkeit, die zweifellos den Hauptanziehungspunkt der diesjährigen Gesellschaftssaison bilden wird, orientiert werden soll, bevor sie ihr gegen-

Fortsetzung folgt.

Bedeutende
Preisermäßigung
auf
Damen-Konfektion.

Wir haben unsere Bestände in Damen-Konfektion, vorwiegend Sommer-Artikel, ganz bedeutend im Preise herabgesetzt. Es empfiehlt sich bei diesen billigen Angeboten, jetzt seine Einkäufe zu tätigen. In allen anderen Abteilungen Waren mit großer Preisermäßigung.

Damen-Strümpfe schwarz u. farbig 22^{50} 14^{50} 11^{75}

Hemdentuch ca. 80 cm breit, gute Qualität, per Meter 19^{50} 16^{50} 12^{50}

Gebr. Alsberg
Lüdenscheid.

Aufgebot.

Die Ehefrau Ernst Hildebrecht Maria geb. Vahrst in Meinerzhagen hat beantragt, ihren Ehemann, den vermißten Ernst Hildebrecht, Landsturmmann 4. Kompagnie, Inf.-Reg. 57, geboren am 4. November 1892 zu Meinerzhagen, zuletzt wohnhaft in Meinerzhagen für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf

den 16 September 1920, vorm. 10 Uhr

vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Vermißten zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Meinerzhagen, den 12. Juli 1920.

Das Amtsgericht.

Zur kommenden Ernte empfehle:
sofort lieferbare
Elektromotore
mit Kupferwickelung
sämtliches Material für Transmissionen
sowie elektr. betriebene
Waschmaschinen.
Elektr. Bügeleisen
von 110.— Mk. an.
Sämtliche Arbeiten werden preiswert und sauber ausgeführt.
Robert Vedder, Meinerzhagen,
Installationsgeschäft für Licht- u. Kraftanlagen
Derschlagerstr. 19



Dienstag, den 20. Juli bin ich mit einer Auswahl prima belg.
Fohlen
an meinem Hause anwesend.
J. Fischbach,
Meinerzhagen.

Ia. Fahrradbereifungen
Decken v. 105 Mk. an
Schläuche v. 35 Mk. an
empfehlen
Joachim & Diebel,
Kierspe-Bhf.
Daselbst werden sämtliche Reparaturen an Fahrräder und Nähmaschinen bei billigster Berechnung ausgeführt.